

**Bezugspreis:**  
Vierteljährlich 36.— M., monatlich 12.— M.  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Ver-  
kauf: monatlich 12.— M., einjährig 120.— M.  
Inlandpostfrei. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Dänig u. das Saar- und  
Elsassgebiet, sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Polens, Oesterreich,  
Ungarn und Rumänien 22.— M., für  
das übrige Ausland 24.— M. Fern-  
bestellungen nehmen an Oesterreich,  
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänem-  
ark, Holland, Rumänien, Schweden  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Voll und Frei“ der Unter-  
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der  
Beilage „Siedlung und Kleingarten“  
erscheint wochentlich zweimal, Sonnt-  
ags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die zehnspaltige Nonpareilzeile  
kostet 7.— M., „kleine Anzeigen“  
das setzgedruckte Wort 3.— M. (zu-  
lässig zwei setzgedruckte Worte), jedes  
weitere Wort 1.50 M. Stellengeld  
und Schließelanzeigen das erste  
Wort 1.50 M., jedes weitere Wort  
1.— M. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Familien-An-  
zeigen für Abonnenten 50% Rabatt.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Erwerbszuschlag.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Moriaplan 15195-97  
Expedition Moriaplan 11753-54  
Montag, den 28. November 1921  
Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-  
Abteilung Moriaplan 11753-54

## England prüft die Reparationen.

Paris, 28. November. (WIB.) Dem „Journal“ wird aus London berichtet, man erwarte dort in der kommenden Woche den englischen Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, und den Vertreter Englands der Reparationskommission, Bradbury, sowie zwei Sachverständige, die an Ort und Stelle die deutsche Finanzlage studiert hätten. Der Botschafter sagt, wenn er gut unterrichtet sei, wolle die englische Regierung die Mittel prüfen, durch die man Deutschland für die Regelung der Reparationsfrage belassen könne.  
London, 28. November. (WIB.) „Morningpost“ berichtet, daß Dr. Rathenau und Dr. Simons heute in London eingetroffen sind. „Downing Street“ stellt die Meldung eines Berliner Blattes, wonach Lloyd George mit Sinnes zusammengekommen sei, in Abrede.

## Oberschlesien dem Entente-Kapital!

London, 28. November. (WIB.) Einer Meldung der „Morningpost“ aus Warschau zufolge wird berichtet, daß Bergwerke in Schulpforte in französische Hand und große Eisenwerke in Höhenlohe in englische Hand übergegangen seien. In Katowitz hätten sich japanische Interessenten festgesetzt. Die Polen fördern solche Verkäufe, da die Wuchererhaltung der Industrie für Polen lebenswichtig sei und die Polen selbst nicht in der Lage seien, die Aufgabe erfolgreich in Angriff zu nehmen.

## Deutschland und die Abrüstungskonferenz.

Paris, 28. November. (CP.) Der Washingtoner Korrespondent des „New York Herald“ erzählt, daß bereits Schritte unternommen worden sind, um Deutschland zu der Konferenz zuzulassen. Diese Schritte seien als halbamtlich zu betrachten. Deutschland sei aber noch nicht offiziell eingeladen worden.

Die französische Regierung beliebt auch weiterhin im Balkan die Rolle des wilden Mannes zu spielen. Auf der einen Seite läßt sie halbamtlich die Meldung verbreiten, Frankreich werde sich von der Abrüstungskonferenz zurückziehen, wenn die Frage der Landabrüstung noch einmal besprochen werde, auf der anderen Seite erteilt der jetzige Führer der französischen Delegation in Washington,

## Die hessischen Wahlen.

Die Landtagswahlen im Freistaat Hessen zeigten am Sonntag eine verhältnismäßig schwache Wahlbeteiligung. Infolgedessen haben alle Parteien gegenüber der Reichstagswahl von 1920 Stimmen eingebüßt. Die Revolutionswahlen von 1919, auf denen die bisherige Zusammensetzung des Landtags beruhte, können begreiflicherweise heute nicht mehr zum Vergleich herangezogen werden. Vergleicht man aber die bis heute vorliegenden Wahlergebnisse mit dem von 1920, so ergibt sich, daß die Sozialdemokratie sich am besten gehalten hat. Es erhielten Stimmen:

Partei	1921	1920
Sozialdemokraten	143 329	173 800
USPD	84 161	81 000
Kommunisten	76 014	95 070
Zentrum	53 680	63 000
Demokraten	68 903	84 000
Deutsche Volkspartei	24 686	83 000
Deutschnationale	64 281	—

Die Mandate verteilen sich demnach so: Sozialdemokraten 24, Zentrum 12, Demokraten 5, USPD, 2, KPD, 3, Deutsche Volkspartei 11, Deutschnationale 4, Bayersbund 10. Die alte Regierungskoalition hat also mit 40 Mandaten gegenüber 30 der Opposition immer noch eine Mehrheit von 10 Sitzen.

Bei Betrachtung der Wahlziffern fällt, wie schon andernorts, der katastrophale Zusammenbruch der Unabhängigen auf. Im Juni 1920 zählten sie für sich 73 000, mit den Kommunisten 76 000 Stimmen. Heute haben die Unabhängigen nur noch 15 797, die Kommunisten 18 364 Stimmen! Sie haben also beide zusammen weit mehr als die Hälfte der Wähler abgegeben müssen, die wieder ins Lager der Indifferenten zurückgefallen sind. Die Sozialdemokratie marschiert immer noch bei weitem an der Spitze der Parteien.

Unsere Genossen hatten ihre Kandidatenlisten nach den hessischen Provinzen aufgestellt, während Unabhängige und Kommunisten Landeslisten aufgestellt hatten. Von den sozialdemokratischen Abgeordneten entsallen auf die Provinz Staffenburg 13, auf Rheinhessen 6 und auf Oberhessen 4. Die beiden Rechtsparteien haben eine dritte Konkurrentin in der sogenannten „Freien Bauernschaft“ erhalten, die eine wirtschaftliche Abspaltung von den Deutschnationalen ist. Diese neue Gruppe hat über 64 000 Stimmen von den insgesamt 85 000 erhalten, die die Rechtsparteien einbüßten.

Biviani, also doch gewiß eine offizielle Persönlichkeit, Frankreich könne mit Deutschland nicht auf gleichem Fuße verhandeln und müsse deshalb eine Teilnahme Deutschlands an der Washingtoner Konferenz als Provokation empfinden. Scherz, Satire, Ironie oder tiefere Bedeutung?

## Spannung zwischen Frankreich und Italien.

Paris, 28. November. (CP.) „Homme Libre“ teilt mit, daß Camille Barrère den Quoi d'Orsay um Enthebung von seinem Posten gebeten habe, ein Entschluß, zu dem er durch die jüngsten Ereignisse in Italien veranlaßt worden sei. „Homme Libre“ erklärt, daß Frankreich in Italien verhöhnt und geschlagen worden sei. Nicht einmal wegen der letzten Ereignisse in Venedig, wo General Fajolle ausgepfiffen wurde, habe es Genugtuung erhalten. Der Rücktritt Barrères sei notwendig, weil er nicht mehr die erforderliche Autorität besitze.

Wie „Agenzia Stefani“ meldet, drahtete der Führer der italienischen Delegation in Washington dem italienischen Außenminister, die Äußerungen Briand's, in denen er sich angeblich verächtlich über die italienische Armee ausgedrückt habe, seien die unflinige Erfindung einer englischen Zeitung. Das Ruderkel wurde übrigens dem englischen Blatt von dem nationalitätlichen Redakteur des „Echo de Paris“, Bertinot, ins Netz gelegt. In Rom veranstalteten trotz des Dementis am Sonnabend eine Anzahl Studenten vor der französischen Botschaft feindselige Kundgebungen.

## Das Angora-Abkommen.

Paris, 27. November. (WIB.) 116 Senatoren haben an den Ministerpräsidenten einen Brief gerichtet, in dem sie ihrer Beunruhigung über die Folgen des Abkommens von Angora Ausdruck geben. Sie weisen auf die Gefahren hin, denen das unter französischem Mandat stehende Syrien ausgesetzt sei, wenn Alexander unter dem Vorwand der türkischen Kanonen liege. Außerdem beunruhige der Gedanke einer zu raschen Räumung von Jizilien. Die Senatoren verlangen deshalb Schutz für die christliche Bevölkerung und Sicherung der Rechte der Minderheiten, bevor die französischen Truppen Jizilien verlassen.

## Sozialistischer Wahlerfolg in Zwickau.

Zwickau, 28. November. (Eigener Drahtbericht.) Bei den Stadtverordnetenwahlen am Sonntag haben die Bürgerlichen im Gegensatz zu den Wahlen in anderen sächsischen Großstädten eine empfindliche Niederlage erlitten. Ihre bisherige Mehrheit von 19 gegen 17 Stimmen, die sie seit der Revolution unerschütterlich behalten haben, ist gebrochen worden. Bei den Stadtverordnetenwahlen am Sonntag wurden 19 102 sozialdemokratische und 18 652 bürgerliche Stimmen abgegeben. Die Rechts- und Linksparteien bekommen je 18 Mandate. Gegenüber der am 14. Dezember 1920 stattgefundenen Candidatenwahl haben die bürgerlichen Parteien infolge stärkerer Wahlbeteiligung zusammen 896 Stimmen gewonnen, die sozialistischen Parteien aber 3503 Stimmen. Besonders gut hat die Sozialdemokratie abgezeichnet; sie erhält 12 Mandate und 12 603 Stimmen; das sind 1400 mehr als bei der Landtagswahl und 2500 Stimmen mehr als bei der Reichstagswahl am 6. Juni 1920. Besonders bemerkenswert ist dieses Ergebnis insofern, daß diesmal noch 109 Stimmen mehr auf die Sozialdemokratie fielen als bei den Stadtverordnetenwahlen anfangs 1919, wo nach der Revolution in einem gewissen Kaufzustande fast alles sozialistisch wählte.

## Wahlen in Mecklenburg.

Rostock, 28. November. (Eigener Drahtbericht.) Bei den Stadtverordnetenwahlen in Rostock wurde der Bestand der Sozialdemokratie behauptet. Es erhielten Stimmen: SPD, 10 795 (vorausichtlich 19 Mandate), USPD 443 — früher 7 — (kein Mandat), KPD, 3212 (5), Mieterverein 2796 (5), Hausbesitzer 2115 (3-4), Wirtschaftsbund 1235 (2), Demokraten 1154 (2), Deutsche Volkspartei 8315 (14-15), Deutschnationalen 5275 (9).

In Barnemünde wurden 3 Sozialdemokraten und 3 Bürgerliche gewählt.

## Neues Zeitungsverbot.

Der preussische Minister des Innern Seering hat das in Berlin erscheinende Organ der KPD, die „Kommunistische Arbeiterzeitung“, für die Dauer einer Woche und die Wochenchrift „Der Kampf“ für zwei Wochen, das heißt für die Zeit vom 27. November bis zum 10. Dezember einschließlich, verboten. Anlaß zu dem Verbot der beiden kommunistischen Organe ist ein „Aufruf an die Proletarier“, in dem offen zur Gewalt aufgerufen wurde. Außerdem soll nach § 130 des Reichsstrafgesetzbuches die gerichtliche Strafverfolgung in die Wege geleitet werden, da durch die besagten Zeitungsaufrufe in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegen einander öffentlich aufgereizt werden.

## Die KPD. verurteilt . . .

Geständnis und Versprechen der Besserung.  
Es gibt noch Ueberraschungen. Die „Rote Fahne“, die vorgestern log, die Behörden hätten die Märzaktion angezettelt, und die sich gestern mit Eberlein identifizierte, bringt jetzt, am Sonntag, einen Leitartikel von J. Walcher, der folgendes reumütiges Bekenntnis enthält?

Die Kommunistische Partei wird schon deswegen durch die Veröffentlichungen des „Vorwärts“ keinen Schaden leiden, weil sie freimütig die Fehler der Märzaktion eingestanden und in zähem und leidenschaftlichem Ringen daraus die praktischen Folgerungen gezogen hat. Wir dürfen das um so befriedigender feststellen, als wir von Anfang an der Märzaktion ablehnend gegenüberstanden. Darüber, daß es sich in den veröffentlichten Berichten um phantastische Uebertreibungen handelt, ist kein Wort zu verlieren. Ungleich wichtiger ist, daß mit jener Auffassung, die glaubte, man könne proletarische Massen zu revolutionären Aktionen zwingen und die tatsächlich in der Märzaktion vorhanden war, in der kommunistischen Partei rücksichtslos gebrochen wurde.

Das ist einmal etwas ganz Neues. Bis jetzt wußte man nur, daß Levi und Konforten als „Sozialverräter“ aus der Partei ausgeschlossen worden waren, weil sie an der verbrecherischen Märzpolitik der KPD-Zentrale und der „Roten Fahne“ Kritik zu üben wagten. Jetzt aber hat die Zentrale ihre Fehler „freimütig eingestanden“ und mit ihnen „rücksichtslos gebrochen“. Jetzt gibt man zu, daß man im März den Versuch gemacht hat, die Arbeiter in den Bürgerkrieg zu zwingen und verspricht, es nicht wieder tun zu wollen.

Ob dieses Geständnis und dieses Versprechen der Besserung mehr ist als ein neuer Schwindel, wird man ja bald sehen. Man wird bald sehen, ob die „Rote Fahne“ jetzt die durch und durch verlogene Hungerstreikhe und die systematische Verleumdung aller putschfeindlichen Elemente in der Arbeiterbewegung aufgeben wird. Wahrscheinlich ist das nicht. Lügt sie doch in derselben Sonntagnummer, indem sie ihr pater peccavi spricht, infolge der „Denunziationen“ des „Vorwärts“ stünden neue gerichtliche Kommunistenverfolgungen bevor. Dabei weiß doch heute jeder Mensch, daß das Verfahren nicht infolge unerer Veröffentlichungen eingeleitet worden ist, sondern daß diese aus dem Material stammen, auf das sich das längst eingeleitete Verfahren gründet.

Im übrigen haben unsere Veröffentlichungen den Erfolg gehabt, daß sich in der ganzen Presse, bis weit nach rechts, der Ruf nach einer Amnestierung der irreführenden Opfer erhebt. Diesen ist durch unsere Veröffentlichungen ein wirklicher Dienst geleistet worden, während die Hungerstreikhe der Kommunisten ihr Elend nur noch vermehrt hat.

Material haben wir dem Staatsanwalt nicht geliefert. Was wir brachten, kam er längst. Das Geständnis der „Roten Fahne“, man habe im März die Massen zu „revolutionären Aktionen“ zu zwingen versucht, ist das erste neue Belastungsmaterial, das ihm seit Beginn unserer Veröffentlichungen zugewachsen ist.

Während die Kommunisten sich weiter mit der Behauptung lächerlich machen, daß wir die Begnadigung der Gefangenen aus der mitteldeutschen Märzaktion hintertreiben wollten, können wir in immer stärkerem Maße feststellen, daß wir mit unserer Veröffentlichung, wie vorausgesehen, den Gefangenen den größten Dienst erwiesen haben. Nachdem schon der deutschnationale „Tag“ auf Grund der Eberlein-Dokumente für die Begnadigung der verführten Opfer eingetreten ist, nachdem sich weiter das bürgerlich-demokratische „Berliner Tageblatt“ diesen Ausführungen angeschlossen hat, schreibt jetzt die deutschnational-volksparteiliche „Tägliche Rundschau“:

Kein Zweifel: nachdem die Hauptschuld der Rädelsführer derartig an den Tag gekommen, erscheinen die Verfehlungen und Ausschreitungen der Rädelsführer in milderem Lichte. Betrachtet man die Dinge rein menschlich, so wird man die blutigen Taten manches beteiligten Rotgardisten weniger scharf beurteilen, wird das Schicksal manches Eingekerkerten in gewissem Sinne traglich nennen müssen. So dient eine derartige Enthüllung endlich einmal dem letzten Erden ein humanen Zweck. Der Regierung erwächst die Pflicht, die einzelnen Fälle der Verfehlungen genau zu prüfen und dort Gnade vor Recht ergehen zu lassen, wo die Mitschuld an der Märzaktion auf unmittelbarer Verführung durch jene verbrecherischen Heher beruht. . . .

Danach können wir feststellen: Die Eberlein und Genossen hätten die Begnadigung der Gefangenen längst erzielen können, wenn sie den Mut gehabt hätten, öffentlich ihre Schuld einzugestehen und sich als die wirklichen Verantwortlichen der Verführten zur Verfügung zu stellen. Aber dazu langt es bei den Herrschenden nicht, die von der wirklichen Verantwortlichkeit politischer Führer nichts wissen. Ein bißchen auf Trillerpfeifen spektakeln — das ist freilich angenehmer und bequemer!

In ihrer grenzenlosen Verlogenheit sucht die „Rote Fahne“ sogar die Erklärung der Regierung über die bisherige Zurückhaltung des Eberlein-Materials zu der Schuldfrage gegen den „Vorwärts“ auszunutzen, daß wir die Führer der KPD „denunziert“ hätten. Dabei ergibt die Erklärung der Regierung folgendes: Der Staatskommissar

hat das Material bereits am 8. Juli d. J. in Händen gehabt. Am 16. August ist es dem Oberreichsanwalt zur weiteren Veranlassung übergeben worden. Die Behörden wissen also seit Monaten alles, das Strafverfahren ist seit mehr als einem Vierteljahr in Gang. Nun behauptet die „Rote Fahne“, das Verfahren sei erst jetzt eingeleitet worden, um den Veröffentlichungen des „Vorwärts“ einige „Erstzungenberichtigung“ zu geben. Aber auch hier verhält sich die Sache genau umgekehrt: der Oberreichsanwalt hat die Veröffentlichung des Materials gestattet, als er eine Befehdung des schwebenden Strafverfahrens in der Veröffentlichung nicht mehr erblühte. Das Verfahren ist nicht in Fluss gekommen, weil das Material veröffentlicht worden war, sondern das Material ist veröffentlicht worden, weil das Material in Fluss gekommen war. Die sinnlose Verlogenheit der „Roten Fahne“ zeigt sich am besten darin, daß sie im Anschluß an die Regierungserklärung, in der ausdrücklich steht, daß das Material dem Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags noch nicht vorgelegt werden konnte, als Tatsache behauptet, daß das Material dem Untersuchungsausschuß freigegeben worden sei! Welche Bestürzung muß in der Redaktion der „Roten Fahne“ herrschen, daß so etwas möglich ist.

### Die deutschvölkischen Deutschnationalen.

Die Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei beschloß die dieser Tage mit Anträgen, die sich auf die Stellung der Partei zur „völkischen Frage“ bezogen und der Parteivertretung von dem Münchener Parteitag zur Beratung überwiesen waren. Folgender Beschluß wurde gefaßt:

„Unter Abstandsnahme von Änderungen der Satzung und der Grundsätze der Partei ist der Parteitag überzeugt, daß sowohl die Parteileitung wie die Fraktionen und Landesverbände in der praktischen Arbeit klar und mit aller Entschiedenheit auf dem Boden des deutschvölkischen Bekenntnisses stehen und, wie bisher, so auch ferner, die Partei von jedem jüdischen Einfluß freihalten werden.“

Diese Entschliebung bedeutet einen glatten Sieg des extremen rechten Flügels der Partei, der unter dem Namen der „Deutschvölkischen“ eine besondere Gruppe bildet. Indem sich die ganze Partei dem deutschvölkischen Bekenntnis anschließt, dokumentiert sie, daß die Extremisten im „Wulle, Reventlow und Genossen völlig die Oberhand in ihr gewonnen haben.

### Kulturarbeit und Nationalitätenkampf.

Unser Aufsatz „Dänische Kulturarbeit“ hat in der schleswigschen Presse einige Verwirrung angerichtet. Erfreulicherweise wird auch in der rechtsgerichteten Presse Schleswigs, soweit sie ernst zu nehmen ist, anerkannt, daß Dänemark in Nordschleswig wirklich Kulturarbeit leistet. Doch dann kommt der Verdrüss. „Die Dänen, so heißt es, leisten diese Kulturarbeit gar nicht um ihrer selbst, sondern um der Aufsaugung des Deutschtums willen? Das ist von uns auch gar nicht bestritten worden. Im Gegenteil, diese Frage ist der Angelpunkt des Problems. In unserem Aufsatz hieß es ausdrücklich, daß es sich bei der dänischen Kulturarbeit in Nordschleswig um einen Nationalitätenkampf handelt. Wir halten die dänischen Kampfmethoden für weitaus gefährlicher als jene Mittel brutalen Zwanges und nationalstiller Scharaden, wir halten es aber deshalb auch für unsere Pflicht, die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen. Wir wissen, daß das Deutschtum in Schleswig, das unter dem Balutastand ungleich schwerer leidet als die Binnendeutschen, den Dänen gegenüber einen schweren Stand hat. Im Kampf mit den Waffen des Geldes sind wir unterlegen, das ist richtig; im Kampf mit den geistigen Waffen hingegen können wir Sieger bleiben, wenn wir den Blick auf das Ganze richten und unsere Kräfte nicht im Kleinrieg über Grenzplacereien verzetteln. Und hier können wir unserem Pionsburger Bruderorgan nicht recht geben, wenn es meint, die dänischen Erfolge seien in Wirklichkeit Erfolge der dänischen Valuta. Ohne Zielbewußtsein, Kultur- und Stammesgefühl, ohne Arbeit des Geistes leistet man derartiges nicht. Das aber ist Aufgabe

eines ganzen Volkes, das seine Grenzlandgenossen nicht im Stich lassen darf.

Uebelgenommen hat man es uns, daß wir mit den Licht- nicht auch die Schattenseiten der dänischen Durchdringungspolitik in Schleswig erwähnt haben. Uns sind die einzelnen Fälle von Ausweisungen, Beamtenbedrängungen, Ungerechtigkeiten in Schulfällen und um was es sich sonst handeln mag, sehr gut bekannt. Sie sollen keineswegs beschönigt werden. Aber diese Fälle liegen teils weit zurück und sind im allgemeinen auf den Unverstand untergeordneter Stellen zurückzuführen, so daß man sie in die große Linie der dänischen Politik nicht mit einbeziehen kann. Allerdings ist es die Aufgabe der dänischen Regierung, alle diese Fälle scharf zu verfolgen, um zu verhindern, daß die Achtung vor dem dänischen Kulturwerk verringert wird. Die Ausführungen des Abg. Schmidt-Wodder im Folkething verdienen in dieser Hinsicht ernste Beachtung. Im übrigen ist es empfehlenswert, sich bei derartigen Gelegenheiten mit dem dänischen Volke unmittelbar in Verbindung zu setzen. Der Führer der dänischen Sozialdemokratie Stauning hat sich z. B. bereit erklärt, sich der deutschen Minderheit anzunehmen, wo immer ihr ein Unrecht geschieht. Ein Hand-in-Hand-arbeiten zwischen zwei Völkern braucht durchaus keine Aufgabe des eigenen Volkstums zu bedeuten; ein friedliches Nebeneinanderleben ist beiden Parteien auf die Dauer am dienlichsten.

### Wirtschaftsreferenten bei den Oberpräsidenten

Wie die PPN. melden, hat der preussische Innenminister Seering im Anschluß an seinen kürzlich ergangenen Erlaß an die Oberpräsidenten der preussischen Provinzen ein Rundschreiben gerichtet, in dem unter Bezugnahme auf den Erlaß vom 14. September d. J. ersucht wird, soweit dies nicht schon geschehen sei, einen der Referenten bei jedem Oberpräsidenten „tunlichst mit der ausschließlichen Bearbeitung der Wirtschaftsangelegenheiten zu betrauen und durch diesen unter Bewährleistung einheitlichen Verfahrens in der Provinz bei allen grundsätzlichen Maßnahmen ständig Fühlung mit Vertretern der Landwirtschaft, des Handels, der Genossenschaften und der Verbraucherkreise halten zu lassen“.

### Rückschlag am Devisenmarkt.

An der heutigen Börse zeigte sich am Devisenmarkt eine deutliche Reaktion auf die Vorschläge der Amerikaner, auch in der Washingtoner Konferenz die Alliierten zu herabzusehen, Deutschland zur Konferenz einzuladen und das internationale Finanzproblem demnächst zur Erörterung zu bringen. Außerdem kursierten Gerüchte über eine bevorstehende Freigabe der Hälfte der deutschen Guthaben in Amerika. Infolgedessen verkehrte der Devisenmarkt in großer Zurechtweisung. Das Angebot überstieg. Ueber Mittag wurden Dollarnoten etwa mit 272 gehandelt. An der Effektenbörse war man sehr verstimmt über den Antrag der Reichswirtschaftsratsrat, der auf eine Erfassung der Börsengewinne an der Quelle hinführt. Infolgedessen übermogen auch hier die Kursaussetzungen und besonders stark angeboten wurden ober-schlesische Papiere.

### Oesterreichs Sozialistentag.

#### Das Finanzprogramm der Arbeiter.

Wien, 27. November. (Anst.) Die Sonntagssitzung des sozialdemokratischen Parteitagess eröffnete ein Referat Eiderschs über die wirtschaftliche Lage und die Finanzpolitik der Republik, an des sich Ausführungen von Dannenberg, Freundlich und Otto Bauer zum Steuerprogramm angeschlossen. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: Angesichts der Geldentwertung, welche die Volkswirtschaft der Katastrophe zutreibt, haben die Organisationen der Arbeiterschaft beschlossen, einen Finanzplan auszuarbeiten. Er ist kein Programm einer sozialistischen Finanzpolitik, das unter den gegenwärtigen Nachverhältnissen unausführbar wäre, sondern enthält eine Reihe von Vorschlägen, welche im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft durchführbar sind und welche die Wirkung hätten, die Banknoteninflation, die Hauptursache der

Geldentwertung, einzudämmen. Alle Organisationen der Arbeiterbewegung Deutsch-Oesterreichs sind verpflichtet, diese Aktion in ihrem Wirkungsbereich tatkräftig zu unterstützen. Es werden gefordert:

1. Die Reallohne der Arbeiter und Angestellten dürfen durch den Abbau der Lebensmittelpreise, die die Regierung bisher geleistet hat, keine Kürzung erfahren.
2. Die Entschädigung der Arbeiter und Angestellten für den gegenwärtig an ihre Kinder geleisteten Staatszuschuß zur Verbilligung der Lebensmittel ist durch eine im Anschluß an die Krankenkassenversicherung zu organisierende Kinderversicherung sicher zu stellen.
3. Für die Dauer der Unbeständigkeit des Geldwertes sind die staatlichen Lebensmittelverteilungsorganisationen unbedingt wachstumsfähig zu halten, um die Verteilung der Mindestrationen zu gewährleisten.

Zum fünften Punkt der Tagesordnung referierte

#### Friedrich Adler.

Er führte aus, die Internationale Arbeitergemeinschaft Sozialistischer Parteien habe sich seit ihrem ersten Kongreß konsolidiert. Neue Parteien strömen uns zu. So hat sich jetzt in Polen eine USP. gebildet. Die Dritte Internationale hat es verstanden, ihren Einfluß auf die Massen ebenso rasch zu verlieren, wie sie ihn gewonnen hatte. Wir sind eingeteilt zwischen dem Reformismus der Zweiten und dem Revolutionarismus der Dritten Internationale. Die Zweite Internationale hat demokratische Illusionen, die Dritte neigt zum Putschismus. Was uns von der Dritten Internationale trennt, sind nicht Fragen der Taktik, sondern die Perspektive. Nicht alles, was die Dritte Internationale sagt, ist falsch, so wie nicht alles richtig ist was die Zweite sagt. Wir wollen eine allumfassende Internationale, einen Überbau, eine Aktionsgemeinschaft aller sozialistischen Parteien.

Die italienische Partei und die sozialistische Partei Amerikas wollen dasselbe. Wir müssen uns aber gegen die Ungebild der Zweiten Internationale (?) wenden. Wenn wir uns heute mit der Zweiten Internationale verbinden würden, so hätten wir damit nichts erreicht. Eine Entschliebung, die den Beitritt der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-Oesterreichs zur Internationalen Arbeitergemeinschaft billigt, würde angenommen. In den Parteivorstand werden gewählt: Adler, Bauer, Eidersch, Ellenbogen, Renner, Reumann, Seib, Stork. Um 6 Uhr nachmittags wird der Parteitag von Seib für geschlossen erklärt.

### Faschistenterror.

#### Generalfest der italienischen Faschisten.

Mailand, 27. November. Infolge heuchlerischer Ermordung zweier Schriftsteller durch Faschisten in Triest hat der italienische Typographenbund einen vorläufig 24stündigen Proteststreik in ganz Italien beschlossen. Der Zentralvorstand befindet sich in Rom, um vom Ministerpräsidenten Zusicherungen für den Schutz der Mitglieder zu erlangen. Von den Erklärungen Bonomis wird die Dauer des Streiks abhängig gemacht werden. Der Ausstand beginnt Montag früh, weshalb bis Dienstag Mittag keine Zeitungen erscheinen werden. Mussolini hat die grausame Tat der Faschisten in Triest selbst bedauert und durch den Vorstand der Faschistenpartei eine Untersuchung angeordnet.

Kommunistischer Schwindel. Vom Bezirkspartei sekretariat Jörlich wird uns geschrieben: Die „Rote Fahne“ meldete in Nr. 555, Morgenausgabe vom 23. November, einmal wieder einen großen Erfolg. In einem kleinen Dorfe Krauschwitz (Ober-Baustsch) sollen anlässlich einer KPD-Versammlung von 46 Mitgliedern der SPD. 42 ihren Austritt erklärt haben! Weiter wird geschuldet, daß nunmehr an Stelle der SPD-Ortsgruppe eine KPD-Ortsgruppe treten wird. — Wahrheit ist, daß in einer kommunikativen Versammlung am 17. November in Krauschwitz 86 Personen anwesend waren. Unsere SPD-Ortsgruppe hatte 76 Mitglieder, davon 12 Frauen. Nach der eingegangenen Abrechnung sind 6 Abmeldungen und 14 Neuaufnahmen zu verzeichnen, so daß die Mitgliederzahl jetzt 84 beträgt. Eine KPD-Ortsgruppe ist bis heute nicht vorhanden und von einer Neugründung auch nichts bekannt. Im Orte befinden sich einige Durculanten, die sich als Anhänger der Kommunisten bezeichnen, aber keine Beiträge zahlen, also indifferent sind. Wer unseren niederschlesischen Bezirk kennt, weiß, daß KPD. und U.S.P. hier gänzlich abgewirtschaftet haben, und besonders das zeitweilige Aufstehen der KPD. nur noch humoristisch genommen wird.

### Studentische Jugend von heute.

Die letzte Exzesse deutscher Korpsstudenten in Hamburg und Dresden, die in einem Herabholen und Befahren der Reichsflagge gipfelten, haben Hermann Wendel in der „Glocke“ zu einer kräftigen Gegenoffensive veranlaßt. Er, der selber einmal fröhlicher Durchgewesener ist, erinnert an die große Vergangenheit der deutschen Studentenschaft, die einst für freiheitliche Ideen kämpfte und litt, und stellt ihr dann die armselige, entartete Nachkommenschaft von heute gegenüber.

Erdärmlicher sind nie große geschichtliche Uebelsterben verlaugnet worden. Schreibt Wendel, und kläglich ist nie im Laufe eines kurzen Jahrhunderts eine anfangs durch Ideenmacht zusammengehaltene Gemeinschaft auf den Hund gekommen. Die Urenten, die jetzt das schwarzrotgoldene Band tragen, stehen stramm auf der Seite der Weidmann und Kogebue, und der vermummte Nachschubgeist der „Kampfs- und Schmalzgesellschaften“, deren Uebigkeit die Urgelehrter Verecht um Verecht gebracht hatten, ist ihre Geist; von diesen haben Geschichtern liest man auch nach dem aufwühlendsten und unwürdigsten Erlebnis aller Menschheitsgeschichte das furchtbare Wort ab: Nichts gefehert und nichts vergessen! Erdteile sind wieder einandergeprallt, Reiche haben sich aufgelöst, eine alte Gesellschaftsordnung liegt im Sterben, die Welt ist ganz und gar aus den Fugen, oder daß ein Verbindungsstudent seine Ehre schändet, wenn er in „Gouleur“ ein Paketchen über die Straße trägt oder eine Bedürfnisanstalt aufsucht, ist unerschüttertes Gesetz. Unberührt und verständnislos gehen die Urenten der Freiheitskämpfer von einst durch diese Zeit; sie wägen sich, namentlich auf den Korpsfesten, in läppiger Schlemmerei, während Deutschland hungert und darbt; sie erproben mit Schlägergeheul ihren männlichen Mut, während Millionen von „faktionsunfähigen“ Proletariaten vier Jahre lang im Schützengraben gegen ganz andere Waffen „auf Menfur“ gestanden haben; sie machen — siehe „Allgemeiner Deutscher Waffenring“ und die ihm angeschlossenen 368 „deutschvölkischen“ Korporationen — in blöder Ueberei; sie haben bei jeder offenen und geheimen reaktionären Organisation ihre Hand mit im Spiel, und die grauenvolle Tat von Wechselsdorf ist nur ein Ausfluß des verblissenen und hochschreienden Geistes, der in der Masse des Volkes den Feind erblickt.

Wer angesichts dieser Erscheinungen von einem in die Irre gegangenen Idealismus spricht, hat nie in das Innere dieser bläsierten unjungen Jugend geschaut, bei der statt überschäumenden Drangs die Korrektheit mit durchgezogenem Scheitel Prinzip ist. Idealismus heißt Hingabe an ein Ideal. Aber was für ein Ideal pflegen die bunten Mägen und die ihnen nachhassen? Den Lubendoffgeist, also die feinsten, geistreichsten, plattesten Feldweibegünstigung und Gewaltanbetung, die sich überhaupt denken läßt! Was wissen sie von der Monarchie? Daß unter ihr „gute Beziehungen“ durch

Zugehörigkeit zu einer Verbindung für den Aufstieg zu den Staatsämtern und -würden wichtiger waren als alle Begabung und Eignung! Was wissen sie von der Republik? Daß die „alten Herren“ der Bonner Borussia und Heidelberger Sagoborussen nicht mehr das Monopol auf die Ministerposten haben und heute ohne Uebereinstimmung in die Verwaltung gelangen! Das genügt ihnen, um diese Staatsform zu verabscheuen und jene zurückzuwünschen. Weil sie im Gegensatz zu ihren Urgroßvätern Söhne einer fallgewordenen Klasse sind, die ihren ererbten Platz am Futtertrog behaupten wollen, deshalb sind sie monarchistisch und kaiserlich, deshalb bilden sie einen gefährlichen Stoßtrupp der Gegenrevolution, deshalb reißen sie unter Schimpf- und Schmähebreden die schwarzrotgoldenen Fahnen herunter.

Trionphantheater. Auf der Suche nach einem französischen Schwank — wo wurde er gerade jetzt auf deutschen Bühnen nicht gesucht? — ist das Trionphantheater auf den nicht mehr ganz jugendlichen Bierackter von Georges Feydeau verfallen: „Kammerspiele um Amelie“. Dieser kategorische Imperativ hat schon vor einem Jahrzehnt im Residenztheater Triumphe gefeiert, die jetzt im Trionphantheater erneuert werden. Die Erstaufführung unter Leitung von Eugen Burg war von so quirlender Beweglichkeit, so voll innerer Lustigkeit, daß die Beziehung zwischen Bühne und Hörer im Augenblick hergestellt wurde. Der Inhalt? Französisch. Amelie ist die „Freundin“ ihres Freundes, der sie in einem Freunde zur Obhut anvertraut, als er für wenige Wochen den Jivirock des Wechselmatters mit der Uniform des Reserveoffiziers vertauschen muß. Der Freund des Freundes ist zudem in Räten. Er will die Erbsumme abheben, die ihm sein Vater hinterlassen hat. Aber der Onkel aus Holland wacht über den Depotschein. Er muß also heiraten oder dem Onkel die Braut und die Heirat vorzuziehen. Dabei muß Amelie ihm helfen. Wie diese Scheinehe zur wirklichen Ehe wird, von ihr dann gleich wieder die Scheidungsfrage folgt — das alles ist von so drohlicher Komik, umrandet von oft erschütternd unwilligen Episoden. Spielleiter Burg gab den ständischen Scheinverhältnissen und unglücklichen Ehegatten, Olga Limburg die Amelie. Beide tragen die Ausführung, ihr Zusammenspiel bietet feinsten Nuancen. Aus der großen Zahl der Mitwirkenden ragen F. W. Kaiser, Huo Flint und Erich Sandt hervor, nicht zu vergessen Wilhelm Bendow, der einen trefflichen Dämmling auf die Bühne stellte.

Das geheimnisvollste Tier der Welt. Als das größte Geheimnis der heutigen Tierwelt hat der australische Platypus zu gelten, der nur im Innern dieses Erdteils vorkommt und von dem zum ersten Male vor kurzem zwei Junge nach Sydney gebracht wurden. Der Direktor des Sydneyer Zoologischen Gartens A. G. De Sowel macht Mitteilungen über dieses merkwürdige Tier.

Wie merkwürdig es ist, geht schon aus der Beschreibung hervor, noch der es Eier legt wie ein Vogel, in einem Beutel großgezogen wird wie das Känguruh, einen breiten Schnabel hat wie eine Ente, mit einem prachtvollen Schwanz besetzt ist und Klauen mit Schwimmschalen hat, die bei den Männchen mit Giftdrüsen bewehrt sind. Eine überraschende Entdeckung ist die, daß der männliche Pla-

typus das Gift seiner Klauen niemals gegen den Menschen verwendet, so sehr er auch von diesem gereizt werden mag; diese Wesen scheinen allein für den Kampf der Männchen untereinander vorgesehen zu sein. Die Tiere schwimmen unter Wasser und legen sehr zierliche Bauten an, die von den Weibchen gemacht werden und ihre Anlage augenscheinlich der Absicht des Tieres verstanden, jeden Feind zu täuschen und in die Irre zu führen. Vor dem Eingang in den Bau geht zunächst ein Erdtunnel ins Innere und von diesem zweigt sich ein blinder Gang, eine Art Sadgasse, ab, die in einem kleinen Raum endet. Ueber dem Eingang in diese Sadgasse ist der Tunnel mit einem Lehmstopfen verschlossen, der den Fortgang des Baues verbergt und dem eindringenden fremden Tier vortäuscht, der Bau sei hier zu Ende. Entfernt man diesen Lehmstopfen, so geht der Tunnel fort und zweigt dann wieder in eine Sadgasse ab, hinter der der Tunnel wieder mit einem Lehmstopfen verschlossen ist. Entfernt man diesen und uringt im Hauptgang weiter vor, dann kommt man wieder an einen Pfad, den dritten und letzten. Und dieser ist die Tür zu dem eigentlichen Nest des Platypus, in dem er seine Eier ablegt. Die Lehmstopfen, die die verschiedenen Teile des Baues verschließen, werden von dem Platypus jederzeit, wenn er hineingehet oder heraustritt, entfernt und wieder an die alte Stelle gesetzt. Dem Transport dieser Tiere nach Europa stehen große Hindernisse entgegen, doch hofft man, sie allmählich zu überwinden, und es sind bereits riesige Summen für lebendige Exemplare geboten worden.

Dostojewski-Feier im Schauspielhaus. Die Künstlerhilfe für die hungernden in Rußland veranstaltete am Sonntag im Staatstheater eine Morgenfeier, die Rußlands größtem Sohne Dostojewski gewidmet war. Stefan Zweig feierte den Dichter und Menschen als „Anwalt des Leidens“ und zeichnete mit größter Ehrfurcht das Wesen dieser slavischen Seele, deren Unruhe in einer Hingabe an das Leid als das einzig Schöpferische dieser Welt ihre Ruhe fand. Fritjof Norner las mit hoher Kunst aus den „Brütern Karamasoff“, Tilla Durieux mit ihrer bekannten Virtuosität ein Gedicht Iwago zum 100. Geburtstag des Dichters und den Schluß der nun schon wirklich gehört „Ballade der Jüdis“, von Alexander Blok. Das Hauptinteresse fand naturgemäß Wostokoff Raifschalov vom Moskauer Künstlertheater, der in seiner wohlklingenden Sprache einen Hamlet-Monolog und eine Dichtung Dostojewskis sprach — mit prachtvollem Ton und, soweit man von Mimik und Stimme auf den Inhalt zurückschließen konnte, mit großer Hingabe und Lebensglut. Des Bolschaja-Orchester Romanoff schloß mit russischen Volkswesen den stimmungsvollen Vormittag.

Die Dreiflerkandhandlung im Kunstgewerbe-Museum. Uring-Wirtschafts-Exzesse 7. wird noch bis einschließig Sonntag, den 4. Dezember, geöffnet sein.

Große Volkoper Berlin. Der III. Operabend im Marmoraal am Donnerstag, den 1. Dezember, ist ein Verblüffend.

Konzert im Regener Schloßpark-Theater. Hermann Jahnke gibt am Donnerstagabend einen Lieber- und Arien-Abend. Berichterstattung des Wiener Theaterkreises. Der Streik in den Wiener Theatern dauert fort und hat sich auf das Apollo-Theater ausgebreitet. Ein Vermittlungsvorschlag der Schauspieler wurde von den Direktoren abgelehnt.

## Robert Schmidt über die Teuerung.

Im großen Saal der Schultheiß-Brauerei (Hafenstraße) sprach am Sonntag vor einer dicht gedrängten Zuhörerschaft Genosse Robert Schmidt, unser Reichswirtschaftsminister, über die brennende Frage der Zeit, die Teuerung. Es mochten etwa 2500 Personen anwesend sein; bedauerlich muß man nur, daß die Frauen, die doch das größte Interesse an diesen Fragen haben sollten, gegenüber den Männern recht spärlich vertreten waren.

Die Rede Robert Schmidts gestaltete sich zu einer klaren und klugen Anklage gegen die Schuldigen an der Not des deutschen Volkes. Schuld sind vor allem auch die alliierten Mächte, die dem deutschen Volk ihren Siegerwillen aufgezwungen haben und es durch zahllose Kommissionen, unter denen sie sich wohl selber kaum zurechtfinden, schikantieren. Die vielgerühmte Kultur des Westens, die sie uns auf ihren Bajonetten bringen wollen, entpuppt sich als die Kultur des

ungeheueren französischen Militarismus.

Und während Frankreich in Waffen stark, Deutschland entwaffnet ist, operiert Herr Briand in Washington mit dem Phantom des „deutschen Schreckens“. Wir aber wissen, daß das deutsche Volk nicht geneigt ist, sich abermals durch gewalttätige Leute in Unwissenheit zu lassen, wie sie in einem Bräutigam vorschweben. Allerdings hat die deutschnationale Bewegung seit einem Jahr mehr gewonnen, als dies der internationalen Stellung Deutschlands dienlich ist. Aber gerade die Deutschnationalen sind neben der Entente, die durch ihre Reparationsforderungen den Kurs der Mark hinabtreibt, die anderen Schuldigen an dem jetzigen wirtschaftlichen Elend. In treffender Weise fertigt der Redner die deutschnationalen Versicherungen der Deutschnationalen ab, daß sie das Beste des Volkes wollten. Unter fürwärtigem Beifall ruft er aus: Die selben Leute, die schon vor 1914 das „Stahlbad“ eines kommenden Krieges priesen und unermüdlich das Verlangen nach deutscher Rechtschaffenheit stellten, sie sind es, die unsere Beliebigkeiten und des deutschen Volkes Vermögen veranlassen haben! Auf den Trümmern dieses Besten klopfen wir sie an, wir, die wir aus den Trümmern heraus den neuen Aufbau vornehmen sollen. Auf der anderen Seite kommen die Sieger des Krieges und behaupten: Trotz eures Zusammenbruchs föhrt ihr die Kriegskosten sämtlicher Länder bezahlen. Wir verstehen es, wenn angesichts der vermehrten Kulturkosten in Nordfrankreich ein herbes Gefühl der Trauer befehlen bleibt. Aber eine Gefühlspolitik des Hasses wird zur Torheit, wenn wir vor einer Entwicklung stehen, die nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa in seinen Grundfesten zu erschüttern droht. Wir haben uns nach besten Kräften bemüht, die Berücksichtigung des Londoner Ultimatus zu erfüllen. Der so kostbare Markkurs war die Folge, die den deutschen Arbeiter zum Jähwüter der Welt, den englischen und amerikanischen Arbeiter zum Arbeitslosen macht. Neben dem Druck der Entente ist der Wucher im Inlande eine Hauptursache unserer unglücklichen Wirtschaftslage. Die

verrückte Aufhebung der Zwangswirtschaft

hat zwar die Waren auf den Markt gebracht, aber den Richtbegehrenden zur Kaskaden durch die Grenzen seiner Kaufkraft gemacht. Bei den Waren, die aus dem Ausland bezogen oder aus ausländischen Rohstoffen hergestellt werden, ist die Preissteigerung durch den Vorkauf immerhin erklärlich. Aber es gibt auch Lebensmittel, bei denen dies nicht in Frage kommt. So sind die Kartoffeln auf das Vierfache gegenüber dem Preis in der Vorkriegszeit gestiegen, ohne daß sich dies mit dem Wertverlust der Mark in irgendeiner direkten Zusammenhang bringen ließe. Hier liegt vielmehr eine

rücksichtslose Ausnutzung der Konjunktur

vor. Im verflochtenen Jahre haben die Wucherer über 24 Personen zu Aushaus und 7000 zu sonstigen Freiheitsstrafen verurteilt. Aber mit Strafmaßnahmen allein lassen sich die Folgen des freien Handels nicht bekämpfen. Reichlich ist die oft von uns übersehenen aufgeschickte Behauptung, daß in Deutschland keine Art herrsche. Nach den Berechnungen der Reichsämter beträgt die Indizes der Lebensmittelvermehrung, wenn man für 1914 die Zahl 100 annimmt, jetzt nahezu 2000. Gegen 1914 ist der deutsche

Lebenskonsum um 60 Prozent gesunken.

die Einfuhr von Kolonialwaren auf weniger als die Hälfte zurückgegangen, die von Eiern auf ein Viertel usw. Der Redner kritisiert das unverständliche planlose Vorkauf, das den Zustand noch verschlimmert und verweist auf die Selbsthilfe der organisierten Konsumenten. Als der Redner vor wilden Aktionen warnt und in diesem Zusammenhang der Enthüllung der kommunistischen Führer durch den „Vernichtungs“ gedenkt, regen sich im Saal anwesende Kommunisten und machen lärmende Zwischenrufe. Besonders erregt sind sie, als Genosse Schmidt die Vorkauf der Oberlein und Genossen mit schroffen Worten brandmarkt. Wohl gibt es auch Unwissenheit in der KPD, aber diese Führer treiben eine Politik, die kein ausländischer Arbeiter nachmachen darf. Genosse Schmidt ruft die Arbeiter auf, treu zur Sache des Volkes zu halten und das Ziel im Auge zu behalten: den Sieg der sozialdemokratischen Ideen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

In der Diskussion sprach erst ein Geheimrat Reichsregierung, der sich als „deutscher Wirtschaftswissenschaftler“ vorstellte, ohne aber irgendwelche brauchbaren Ideen zu entwickeln. Dann sprach — auffällig leise — der Kommunist Thalmann, dem die Genossen Schärer und Große zutreffend erwiderten, wobei sie auch auf die russischen Zustände hinwiesen. In seinem Schlusswort betonte Genosse Schmidt, daß ein Zusammengehen mit den Unabhändigen zwar angebracht erscheine, mit Leuten aber, die so gewissenlos handeln wie die Oberlein und Bied, gibt es kein Zusammengehen. Wenn Oberlein auch nur einen Funken von Ehre und Anstand im Reibe hätte, müßte er jetzt sofort von der politischen Bühne verschwinden.

In den Komfordia-Beständen sprach Genosse Ruttner über die Teuerung. Als er am Schluß seiner Ausführungen vor den politischen Treibern der Kommunisten warnte und in diesem Zusammenhang auf die Oberlein-Dokumente eintraf, luden eine Anzahl Kommunisten durch Börm diese Ausführungen unmaßlich zu machen. Die Störenfriede wurden jedoch zur Ruhe gebracht, und unter fürwärtigem Beifall konnte der Referent der Versammlung vorlesen, daß Kommunisten diese Ausführungen ebenfalls sehr unangenehm sein müßten, daß ihnen aber außer Gebrauch keine Widerlegungsmethode zur Verfügung steht, da die Echtheit der Dokumente von Oberlein und der „Roten Fahne“ nicht bestritten wird.

Abgefaßt! In der „Roten Fahne“ fand sich, wie wir schon erwähnten, ein Aufruf der „russischen Adressaten“, nämlich der von dem Reichsjustizminister entsandten „Delegationen“ gewählten Kommission. Unterzeichnet war dieser Aufruf u. a. auch von einem „Genossen Mehemoun, Reichsminister“. Die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ erklärt nun, daß unsere Partei mit dieser Komödie nichts zu tun hat und der betreffende Genosse mit diesem Moment jedenfalls aufgehört hat, Mitglied der KPD zu sein.

Revision verworfen. Hauptmann a. D. von Kessel, der im März vom Schornegericht beim Sondergericht I in Berlin von der Anklage des Meineids und des Mißbrauchs der Amtsgewalt freigesprochen und nur wegen Herausforderung zum Zweikampf zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden war, hatte gegen das Urteil Revision eingelegt. Das Reichsgericht verworft gestern diese als unbegründet.

Aufhebung der Arbeitsdienstpflicht in Rußland. Nach einer Londoner Drahtung des „Temps“ traf aus Moskau über Koenig die Nachricht ein, daß die Arbeitspflicht in Rußland durch Erlaß der Volkskommission aufgehoben wurde.

## Der Mordprozess um Wachtmeister Buchholz.

Zu Beginn der heutigen Sitzung legt Staatsanwalt Krause ein anonymes Schreiben vor, das dem Zeugen, Wachtmeister Ranni, mit der Unterschrift „Ein politischer Agent“ zugegangen ist. Darin wird Ranni als „Vaterlandsverräter“ bezeichnet und ihm angedroht, daß er seine Aussage, Buchholz habe nicht Selbstmord begangen, mit dem Leben zu büßen haben werde. Ranni hat keine Vermutung darüber, wer der Schreiber des Briefes sein könnte.

Wachtmeister Storckbaum hat bei Buchholz im Bureau gearbeitet. Er hörte Telefongespräche mit an, in denen Buchholz um beschleunigte Erledigung seines Antrages auf Zurücknahme seiner Entlassung bat. Buchholz äußerte gegenüber dem Zeugen die Hoffnung, daß die Zurücknahme erfolgen werde. Buchholz habe als Kassenführer verschiedentlich auf Abrechnung mit Behmann gedungen, der für die von ihm zu leistenden Ausgaben immer zu Monatsbeginn einen Vorschuh erhielt. Behmann aber habe wegen Zeitmangels die Abrechnung verschoben. Storckbaum hat nicht an einen Selbstmord geglaubt, weil Buchholz dazu gar keinen Grund gehabt hätte. Buchholz selber habe nach seiner Entlassung aus der Untersuchungskasse gesagt, jetzt würden andere hineinmarschieren. Zu Hauptmann Stennes hat Zeuge gesagt, wenn man gegen Buchholz zu sehr vorgehe, werde er mit politischen Sachen kommen, mit den Agentengeschäften. Daraus bemerkte der Angeklagte Meyer:

„Wenn Buchholz mit politischen Sachen kommt, ist er erledigt!“

Meyer erklärt, mit dem Ausdruck „erledigt“ sei nur gemeint gewesen, daß Buchholz dann nicht mehr bei der Schutzpolizei bleiben könnte. Storckbaum kann über die Tätigkeit der politischen Agenten nichts beibringen. Er weiß nur, daß sie regelmäßig ihr Geld bekamen.

Sodann wird

Hauptmann Stennes als Zeuge

vernommen. Ihm hat Buchholz nach seiner Entlassung aus der Untersuchungskasse gesagt, daß er in der Kaserne bleiben und an der Aufklärung der Rassenfrage arbeiten wolle. Als Enderlein dem Buchholz die doppelte Buchung eines Postens von 60 000 M. vorhielt, wurde er sehr aufgeregt und erklärte sich für technisch nicht vorgebildet. Er behauptete, selber den Posten

ausgezahlt zu haben, während ihn nur Behmann ausbezahlt hatte. Meyers Äußerung, daß Buchholz, wenn er „politische Sachen“ vorbrächte, „erledigt“ sei, wird von Stennes bestätigt. Ernst habe er nicht aufgefaßt, höchstens könne er diese Äußerung des sehr impulsiven Meyer so deuten, daß Buchholz dann aus der Hundertschaft ausscheiden müßte. Die Agenten, die mit den „politischen Sachen“ amnestiert seien, hätten regelmäßig ihr Geld erhalten. Nicht etwa Unterdrückung von Agentengeldern habe man vermeiden wollen, sondern es sei ihm, dem Hauptmann Stennes, lediglich darum zu tun gewesen, die Tatsache der Beschäftigung von Agenten nicht bekannt werden zu lassen. Die Meldung vom Tode Buchholz' sei ihm durch Wachtmeister Heise überbracht worden. Doch der Schuß von hinten gekommen sei, habe man ihm nicht schon damals gemeldet.

Beiden Angeklagten gibt Stennes das beste Zeugnis. An Meyer bemängelt er nur, daß er manchmal mehr sagt, als er verantworten kann. Mit dem verstorbenen Buchholz war er anfangs zufrieden. Auch als er von einer Vorstrafe wegen Unterdrückung erfuhr, ließ er ihn in seiner Zehnjährigen Stelle. Mißtrauen hatte er damals nicht; im Krieg habe er mit Vorbestraften die besten Erfahrungen gemacht. Buchholz sei dann durch große Ausgaben aufgefallen, doch habe er erklärt, daß er geerbt habe. Frau Buchholz bestätigt, ihr Mann habe aus der Hintertasche seiner verstorbenen Mutter 9000 M. erhalten.

Staatsanwalt Steinbrücker fragt den Zeugen Stennes, ob er einmal bei der Parole gefaßt habe, daß Leute, die nicht sehen können, wie jemand geschlagen wird, zu weilsch sein. Es soll sich um die Mißhandlung eines Wachtmeisters Stolzenburg handeln, den seine eigenen Kameraden schlugen. Stennes kann sich nicht erinnern, fügt aber hinzu:

„Wenn das einer beschwört, wird es wohl sein.“

Auf die Frage, weshalb Helbing aus der Hundertschaft ausschied, antwortete er zunächst, das wisse er nicht, weil er da auf Urlaub war. Dann vermutet er eine „Geldgeschichte“. Helbing sei auf eigenen Wunsch ausgeschieden. Wachtmeister Müller befindet, wegen einer „Damengeschichte“ sei Helbing „der Boden zu heiß“ geworden. Oberleutnant Ratwiy weiß auch von Schulden, die Helbing gemacht habe.

## Groß-Berlin

### Sängerkrieg auf Kanarienburg.

„Wie könnte man die Menschen erirogen, wenn man die Tiere nicht hätte.“ Dieser Satz enthält zur Hälfte Bitterkeit und zur Hälfte Wahrheit. Das hat schon mancher erfahren. Denn sehr oft ist das Tier dem Menschen nicht nur Ausbeutungsobjekt und Verdienstmöglichkeit, sondern auch Freund.

So haben viele unserer Kriegsanfänger an einem munteren Kanarienvogel ihre Freude und für etliche wurde die Aufzucht dieser Vögel zu einem bescheidenen Nebenberuf. Sie und viele andere hatten eine Große Allgemeine Kanarien-Ausstellung in Peters Festhallen, Große Frankfurter Straße Nr. 41/42, besucht, die sich im wahren Sinne des Wortes als eine zwischende „Kanarienburg“ präsentierte.

41 Kollektionen von je vier Vögeln waren vertreten. Die Selbstzuchtflotte wies prächtig Exemplare auf. Mancher Vogel stellt heute tatsächlich ein kleines Vermögen dar, denn er ist für 500 Mark wohl kaum käuflich. Um die Allgemeine Klasse zu vervollständigen, waren auch Vögel auf Lie Reife gebracht worden. So kamen Tiere aus Agueln, mit denen der Züchter große Ehre einlegte, und die den Blühtendern fast ebenbürtig waren. Unter diesen gab es Koffelkationen, welchen die Richter 442 Punkte zuerkannten. Was die Farbe anbetrifft, so treten die Grünen jetzt immer mehr in den Vordergrund. Unter den ausgestellten sah man in der Mehrzahl Grüne, Grasgrüne sogar, dann folgten Bunte und die Hochgelben. Alle Sorten und Weibchen sowohl wie Hähne, konnte man aber in der Vorkategorie gewinnen. Die Vögel fanden deshalb reichen Zuspruch. In demselben Raum, in dem die Gewinnvögel lockten, waren auch Vogelbauer ausgestellt. Man suchte praktischen Einrichtungen schöne Formen zu geben. Zudem wird durch die Materialverwendung erstrebt, die Bauer mildefrei zu halten.

Interessant sind die Gesangskisten. Sie sind die Schule für die kleinen Sänger. Und der Lehrer ist der sogenannte Vorkäfer, der das Kommando über die ganze Schaar übernimmt. Am Sonntagabend war sogar ein offizielles Abhören der besten Sänger, mancher Stern von Kanarienburg erschien da am Gesangshimmel, und unter den Grünen waren wahre Kanonen.

### Die gekränkten Kartoffelgroßhändler.

Der Verein Berliner Kartoffelgroßhändler nahm in einer Sitzung am letzten Sonnabend im Lehrervereinshaus folgende Entschlüsse an:

„Die tiefenschnidenden behördlichen Vorschriften und Drangsalierungen haben den legitimen Handel mit Speisekartoffeln außerordentlich beeinträchtigt und die Kartoffelverwertung der Reichshauptstadt aufs schwerste gefährdet. Der Berliner Kartoffelgroßhandel sieht sich in seiner für die Volksernährung notwendigen Tätigkeit wesentlich behindert. Die Ungewissheit, welche Preise von behördlicher Stelle als maßgebend angesetzt werden, behindert den Kartoffelgroßhändler in seiner Arbeit, da er sich täglich und stündlich durch Strafmaßnahmen und behördliche Einriffe in seiner Existenz und Ehre bedroht sieht. Die Vereinigten Kartoffelgroßhändler werden sich bei einem Weiterbestehen dieser unerträglichen Zustände mit Bedauern nehmungen sehen. Ihre Tätigkeit solange einzustellen, bis klare Vorschriften und Befehle die Verhältnisse im Kartoffelgroßhandel regeln. Sie verdammen mit voller Schärfe Wucher und Preisdrückerei mit Kartoffeln, sind aber vollkommen schuldlos an den hohen Preisen. Die Berliner Bevölkerung ist bisher vom Großhandel mit Kartoffeln ausreichend versorgt worden, und die Reichshauptstadt ist nachweislich auch von allen Großhändlern am billigsten mit Kartoffeln beliefert worden. Die unberechtigten Angriffe auf den Berliner Kartoffelgroßhandel müssen deshalb ganz energisch zurückgewiesen werden.“

Es ist nur schade, daß die Kartoffelgroßhändler sich so leicht darauf besonnen haben, daß Wucher und Preisdrückerei „verdammt“ werden müssen. Auch genügt die bloße Verdammung nicht, man muß zur Bekämpfung greifen, und weil das die Kartoffelgroßhändler bisher nicht getan haben, darum nimmt jetzt die Bedrohung (spät genug) die Rechte der Verbraucher wahr. Sie wird derselben Antheit selbstbewußt auftretende Beweisaufstellungen der Kartoffelgroßhändlermoral als Drohung hoffentlich nicht allzu ernst nehmen.

### Die niddischen Deckungsverhandlungen.

Herabsetzung der Magistratsgehälter. — Erhöhung der Tarife.

Der 25er Stadtverordneten-Ausschuß, der zur Vorbereitung der Gehalts- und Lohnverbesserungen sowie der Deckungsverträge eingesetzt worden war, hat am Sonnabend fast den ganzen Tag über getagt und seine Beratungen bis auf die notwendige zweite Lesung der Gehaltsfragen und die Erhöhung der Gewerbesteuer beendet. Am Vormittag beriet zunächst der Unterausschuß für die Er-

höhung der Magistrats- und Bezirksamtsgehälter. Auf Grund seiner Vorschläge, die ohnehin ein Kompromiß waren und auch im Ausschuß nicht befriedigten, wurden in der ersten Lesung die Gehälter sowohl der Magistratsmitglieder als auch der Bezirksamtsmitglieder gegenüber den in der Öffentlichkeit schon lebhaft kritisierten Anträgen des Magistrats erheblich herabgesetzt. U. a. wurde das Gehalt des Oberbürgermeisters auf 125 000 M. und 20 000 M. Aufwandsentschädigung, zusammen 145 000 M. festgesetzt (gegenüber dem Magistratsantrag von 180 000 + 20 000 M.), das Gehalt des Bürgermeisters auf 90 000 + 10 000 M. = 100 000 M., das Gehalt der Berliner Stadträte nach Gruppe 13 (53 000 bis 80 000 M.), dabei aber eine Besserstellung der Fachadmirale mit Stimmengleichheit abgelehnt. Die Bezirksbürgermeister wurden ebenfalls nach Gruppe 13 verwiesen, die stellvertretenden Bezirksbürgermeister ebenso wie die Bezirksstadträte nach Gruppe 12 (38 000 bis 57 000 M.). Zur Deckungsvorlage wurden eine Reihe von Beschlüssen und Entschlüssen gefaßt. Nach längerer Aussprache wurde der Erhöhung des Straßendehntarifs auf 1,50 Mark zugestimmt, dagegen der Preis für elektrisches Licht über den Magistratsantrag (4,60 M.) hinaus auf 5 M. und für Kraft auf 2,20 M. erhöht, während der Preis für Gas, den der Magistrat auf 2,60 M. erhöhen wollte, auf 2,50 M. festgelegt. Für das Wasser wurde sowohl ein im Ausschuß gestellter Antrag auf 1,50 M. als auch der Magistratsantrag auf 1,10 M. abgelehnt. Die weiteren Verhandlungen wurden auf Montag vorzeitig vertagt. Der Ausschuß will dann seine Beratungen abschließen und am Montag nachmittag in der außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung durch den Vorstehenden, Stadtschreiber Dr. Kirchner, Bericht erstatten.

### Ein Gefangenenaufseher im Bunde mit Verbrechern.

Der vergrabene Millionenraub.

Durch die Enttarnung eines bestechlichen Gefangenenaufsehers in Münster in Westfalen und seine Festnahme durch die Berliner Kriminalpolizei in Treptow ist ein von dem zum Tode verurteilten Bochumer Raubmörder geplanter Mordversuch in letzter Stunde vereitelt worden.

Es handelt sich um die Verbrecher August und Heinz Henjeler, Franz Heising, Alex Riey und Wilhelm Müller, die am 24. August 1920 auf der Herdringer Straße zu Erkenschwid in Westfalen den Bohnengeldwagen der Zeche Emster-Tippe überfielen, den Bureauvorsteher Friedrich, den Bureaubeamten Wachwinkel und den Kutscher Fritz Bruchmann erschossen und den Buchhalter Koch durch einen Armschuß verletzten und dann mit dem Millionenraub verschwanden. Der verhaftete Aufseher ist ein 23 Jahre alter aus Lonschut in Schlesien stammender früherer Elektrotechniker Rudolf Salpaus, der sich schon nach kurzer Zeit befehlen ließ und, wie für andere Gefangene, so auch für die Bochumer Raubmörder Kaffee in einer nur aus Strichen bestehenden Geheimkammer besorgte. Salpaus ließ sich von seiner Behörde beurlauben und fuhr zunächst zu der Mutter der Gebrüder Henjeler, um sich durch Erpressung von 5000 M. Bewegungsgeld zu verschaffen, und kam dann nach Berlin, um in Treptow-Baum-schulenweg einen angeblich dort vergrabenen Schatz zu heben. Bei dem Verhafteten fanden die Beamten einen Kaffee, der aus einer Geheimkammer in Strichen und einer Skizze bestand. Salpaus wollte zunächst nicht wissen, was diese Zeichen bedeuteten, und legte erst ein Geständnis ab, als es der Kriminalpolizei mit vieler Mühe gelungen war, die Geheimkammer zu entschlüsseln. Es ergab sich, daß es sich um eine Anweisung und eine Skizze zur Ermittlung des geraubten und vergrabenen Geldes handelte.

Bezwirkungstat einer Mutter. Die 22jährige Frau Erna Benzler veruchte gestern nachmittag mit ihren drei Kindern den Tod zu gehen. Sie öffnete in dieser Absicht in ihrer Wohnung im Hause Stargarder Straße 18 die Gashähne und erwartete mit ihren drei Kindern den Tod. Nachbarn, durch den Gasgeruch aufmerksam gemacht, riefen die Feuerwehr herbei, die Mutter und Kinder bereits bewußtlos auffand. Den vereinten Bemühungen gelang es, alle vier Personen wieder ins Leben zurückzurufen. Der Beweggrund zu der Tat konnte bisher nicht ermittelt werden, wahrscheinlich liegen Nahrungsorgen vor.

Die Wilmersdorfer Genossen sind durch den unerwartet eingetretenen Tod ihres Parteifreundes Paul Schubert, Wilmers-aue 27, in Trauer versetzt worden. Mit ihm ist ein Mann dahingegangen, der im wahren Sinne des Wortes ein Pionier des sozialistischen Gedankens gewesen ist; ein draver Kämpfer, der Wind und Wetter nicht scheute, und manchem neuzeitigen Stürmer und Dränger ein leuchtendes Beispiel treuester Pflichterfüllung gegeben hat. Erst 23jährig, im Vollbesitz seiner Manneskraft, wurde er seiner in dürftigen Verhältnissen zurückbleibenden Familie entzogen. Die Wilmersdorfer Parteigenossen werden gebeten, bei der Beerdigung, die am Mittwoch, den 30. November, mittags 12 Uhr, in Stahns-dorf stattfindet, möglichst zahlreich zu erscheinen. Schubert gehörte seit 1902 der Partei an.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise neblig, sonst trocken und größtenteils heiter bei schwachen südlichen Winden. Nacht und morgen ziemlich strenger Frost und mittags Temperatur etwas über Null.

# Gewerkschaftsbewegung

## Zur Situation in den städtischen Betrieben.

Der 2ter Ausschuss der Stadtverordneten beschloß sich am Sonntag nachmittag mit den Lohnhöhungen und der Deckungsvorlage. Ein sozialdemokratischer Antrag, allen Arbeitern und nicht ständig Angestellten eine einmalige Teuerungszulage von einhundert 1000 M. für die Monate Oktober und November unter Anrechnung der bereits gezahlten Lohnhöhungen für diese beiden Monate zu gewähren, wurde abgelehnt, da man dem Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses nicht vorgreifen könne. Dagegen wurde auf bürgerlichen Antrag nach längerem Verhandeln einstimmig beschlossen, zur Bindeung der Not der städtischen Arbeiter usw. eine einmalige Beihilfe von 300 M. zu zahlen, was eine Mehrausgabe von 22,5 Millionen ausmacht. Darauf wurde der Dringlichkeitsvorlage des Magistrats über die bereits gezahlten Lohnhöhungen für Oktober und November einseitig zugestimmt.

Heute fällt die Entscheidung darüber, ob die Stadtverordnetenversammlung über die Zugeständnisse des Magistrats hinaus den Angestellten entgegenkommen wird. Führen die Versuche in dieser Richtung zu keinem Erfolg, dann ist zu befürchten, daß die Angestellten der städtischen Werke den Streik proklamieren.

## Die Provinzialbeamten zur Befoldungsfrage.

Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Vereinigung der Beamten und Angestellten in der Provinzialverwaltung Brandenburgs tagte am Freitag im Provinzial-Landtagssaal, um zu den vorliegenden Vorschlägen der Befoldungskommission Stellung zu nehmen. Außerdem war der Bund der technischen Angestellten und Beamten vertreten.

Das Referat hatte Gansow, Vorsitzender der Ortsgruppe Berlin. Der Redner führte aus, daß die Befoldungskommission des Provinzial-Landtages einen Vorschlag ausgearbeitet habe, der seiner rechtlichen Bestimmungen wegen dem schärfsten Widerspruch herausfordern müsse. Für die Gruppen 1 bis 5 solle eine lebenslängliche Anstellung überhaupt nicht mehr erfolgen. Von Gruppe 6 an aufwärts kann die dauernde Anstellung zwar erfolgen, aber unter Bedingungen, die nicht so leicht zu erfüllen sind. Mit dem Artikel 129 der Verfassung werde sich das nicht gut in Einklang bringen lassen. Auch in den übrigen Bestimmungen finden die berechtigten Wünsche der Beamten und Angestellten keine Berücksichtigung.

Hornbostel vom Bund der technischen Beamten und Angestellten betonte, daß die Aufhebung der lebenslänglichen Anstellung von Gruppe 6 an auch nur dann zulässig sein sollte, wenn der Betreffende obrigkeitliche Befugnisse habe. Die Möglichkeit zum Aufsteigen ist in ganz unbefriedigender Weise geregelt. Die Anhörung der Organisationen bleibe nach dieser Vorlage nur eine Formsache. Nicht ein einziger Wunsch der Beamten sei erfüllt worden. Eine Vorlage mit solchen Rechtsgrundlagen sei gewiß nicht geeignet, die Arbeitsfreudigkeit der Beamten und Angestellten zu steigern.

Martin vom Zentralverband der preussischen Provinzialbeamten erklärte, daß dieser, sowie der Deutsche Beamtenbund sich mit den Versammelten solidarisch fühlen. Vertreter des Deutschen Beamtenverbands und des Bundes Deutscher Militärbeamten gaben gleiche Erklärungen ab.

Die einstimmig gefasste Entschließung besagt, die Versammelten erkläre in den Vorschlägen der Befoldungskommission eine Abänderung der geltenden Befoldungsordnungen zugunsten der Beamtenhöflichkeit mit dem Ziele, den Abbau des Berufsbeamtenstands anzubahnen und damit eine Verlesung des ihnen durch die

Reichsverfassung gewährleisteten Grundrecht lebenslänglicher Anstellung. Bei der einschneidenden Bedeutung der geplanten Veränderung sei darauf zu dringen, daß mit den Gewerkschaften über die Vorschläge der Befoldungskommission in mündliche Verhandlungen eingetreten wird. Die nur schriftlich und bei der Kürze der verfügbaren Zeit nur in großen Zügen niedergelegte Erwiderung könne nicht als genügende Anhörung der Beamtenvertretungen im Sinne des Gesetzes vom 8. Juli 1920 gelten.

## Differenzen im Berliner Baugewerbe.

Die gestrige Berammlung der Delegierten des Deutschen Bauarbeiterverbandes hat den Schiedspruch des Bezirkslohnrates abgelehnt. Da namentlich anzunehmen ist, daß alle schieflichen Mittel erschöpft sind, werden sich die Berliner Bauarbeiter ihre berechtigten Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln erkämpfen, heißt es am Schlusse der gefassten Entschließung. Versammlungsbericht folgt in der Morgenausgabe.

## Lohnhöhung in Berliner Wurstfabriken.

Die steigende Teuerung veranlaßt auch die Fleischergewerkschaft, an die Erhöhung ihres Einkommens zu denken. Eine Versammlung der Vertrauensleute und Betriebsräte beauftragte den Zentralverband der Fleischer und die Tarifkommission, mit den Arbeitgeberverbänden über einen Tarifausgleich einzuleiten. Gefordert wurde einmalige Lohnbeihilfe von 500 M. für November und Dezember laufend pro Woche 75 M. bis zum 31. Dezember 1921. Dann sollte zu einer Tariferneuerung geschritten werden.

Auf Seiten der Arbeitgeber war für eine Lohnbeihilfe kein Verständnis zu finden, dagegen waren dieselben bereit, sofort eine Erhöhung der Tariflöhne ohne Kündigung des Tarifs vorzunehmen. Nach längerer Aussprache kam eine Verständigung zum Abschluß, dahingehend, daß ab 14. November in allen Lohnklassen ein Zuschlag von 2,50 M. pro Stunde zu erfolgen hat. Dies bedeutet eine wöchentliche Zulage von 105,00 M. Die Stundenlöhne betragen jetzt 9,03 M., 10 M. und 10,65 M.

Mit diesem Verhandlungsergebnis beschäftigte sich eine Versammlung der in den Wurstfabriken tätigen Gesellen, in der Geobler den Bericht gab und empfahl, das Gebotene anzunehmen. Die Zeit würde es lehren, wie lange diese Zulage den Verhältnissen entspricht.

Nach kurzer Diskussion wurde dem Vorschlage der Tarifkommission zugestimmt.

## Musikerbewegung im Kinogewerbe.

In einer von der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Musikerverbandes einberufenen Versammlung der Entenmusikervereinigung erbatte Kollege Schlemmer Bericht über die Lohnbewegung im Kinogewerbe. Die Kinobesitzer lehnen es nach wie vor ab, den mit dem Wirtschaftsbund deutscher Filmtheater abgeschlossenen Tarifvertrag anzuerkennen, trotzdem die Gehälter pländefähig gehen. Wochenlöhne von 300-350 M. sind immer noch die Regel. Gegen die Einführung sozialer Bedingungen wie Sommerurlaub, Krankheitsparagrafen usw. sträubten sich die Mitglieder des Singschultheatervereins mit allen Mitteln, und sie haben die Parole ausgegeben, mit dem Musikerverband nicht zu verhandeln, um sich selbst ein gelbes Organisationsbüchlein zu züchten. Die Arbeiterschaft sollte sich diese Arbeiterschaft gelegentlich merken.

Die Musiker beschloßen nachmals den Schlichtungsausschuss anzurufen, um auf diesem Wege zum Tarifvertrag zu gelangen. Sollten die Arbeitgeber sich auch dann wieder ablehnend verhalten und über berühmte Verleumdungsfälle verfügen, müßten wir versuchen, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zum Ziele zu gelangen.

Der Zentralverband der Film- und Kinoangehörigen berichtet, daß die Sperre über die Proter-Bühnen, Kassianen-Allee 7/9, aufgehoben ist.

Im lothringischen Kohlengbiet proklamierte der Bergarbeiterverband den Generalstreik. Die Gruben Kleinrosseln und Merlenbach sind bereits stillgelegt. Die Streikbewegung schreitet weiter fort; die Kommunisten agitieren für ein Ubergreifen des Streiks auf den französischen Gesamtbergbau.

Der Straßen- und Kleinbahnstreik in Brüssel dauert fort. Eine bürgerliche Nothilfe hat eingegriffen, bei der die Studenten des Polytechniums die Hauptrolle spielen. Die Arbeitgeberverbände lehnen die Vermittlung eines Schiedsgerichtes ab. Sie stehen der Forderung auf Daueranstellung der Beamten und Angestellten gegenüber auf dem Standpunkt, daß es jedem Arbeitgeber freistehen müsse, die unbrauchbaren Arbeiter und Angestellten abzuschießen. Die sozialistischen Gewerkschaften beschloßen in ihrer gestrigen Berammlung, angesichts der Haltung der Arbeitgeber den Streik über Brüssel hinaus auszudehnen. Einige Blätter sprechen sogar von einem geplanten Generalstreik in ganz Belgien.

## Groß-Berliner Parteinarichten.

Heute, Montag, den 28. November:

2. Ust. (Früher 2.) Der Frauenabend 1921 aus. Ebenso für Dezember. 47. Ust. 7., 11. und 12. Frauenabend bei Ruhmert, Museumstraße 12. Thema: „Historische Weltanschauung“. Referent: Gullas West.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Dienstag, den 29. November:

Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerverständnis. Monats 71. Uhr. Kaffee-Gesellschaft. Charlottenburg, Ankerstraße 24, am Sabbatagnaplatz, öffentlicher Vortragabend. „Christuslegenden“. Referent: Harter Meier. Preis 10 Pf. Eintritt 50 Pf. Mitglieder frei.

## Sport.

Dem Größtensportverein im Sportplatz war der gemehrte Pokalbesuch der Sommerbahnen noch nicht beizugehen. Als Attraktion kam ein Stunden-Rennen zum Austrag. Neunzehn Fahrer hatten sich zum Starte. Nach zahlreichen Widernämen gewann das Rennen das Team mit Bietelänge vor dem Italiener Corallo; Schulz, Behrend und Stiel belegten die nächsten Plätze. Die zurückgelegte Strecke betrug 37,720 Kilometer. Den Größtenspreis über 10 Runden gewann Ray Rängner vor Stiel und Romanow; Hoffmann führte infolge Bruchs des Hinterrades. Aus einem kurzen Radrennen über 25 Runden ging Han vor Kachner, Amst und Danke als leichter Sieger hervor und in einem Vorgabefahren über 9 Runden führte Schlotte (95) den Sieger vor Kachner (83), Schulz (80), Behrend (45) und Oskar Diez (80 Meter Vorgabe). Das den Schluß bildende Größtensfahren über 10 Runden brachte dann Otto Diez auf sein Konto vor Paul Rängner.

Veranst. für den reifst. Zeit: Dr. Berns Helfer, Charlottenburg; für Jungen: Th. Giese, Berlin. Verlag: Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchdruckerei u. Verlagsbuchhandlung Paul Singer u. Co., Berlin, Kladowstr. 2.

# Sanflavin-Bastillen

(sehr beliebt) zur Desinfektion der Mund- und Rachenhöhle besonders bei Grippe, Heiserkeit, Halserentzündung, Verschleimung. Erhältlich in den Apotheken u. Drogerien.



### SOENNECKEN EILFEDERN

1747 - 1918

F. SOENNECKEN  
BONN-BERLIN W, Taubenstr. 16/18

Bezirksverein Berlin SPD  
17. Ust. 3. Kreis  
Ulrich Grottel  
**Martha Jantzen**  
86 Jahre alt. Samstags- und Sonntags- u. Feiertags-Rednerin.  
Sprecherin. Unbesoldet!  
Die Einbürgerung erfolgt am Dienstag, 29. Nov., nach 8 Uhr, im Krematorium, Schillingstr. 24/15.  
Um rege Beteiligung bitten wir.  
Die Wit. Seltzer.



### METROPOL KLEIN

Behrenstr. 34  
8 Uhr  
11 Sensationen

Eiserne & Transportkachel  
**ÖFEN**  
SEMMLER & BLEYBERG  
A. G.  
Dresdenerstr. 66  
BERLIN S. 14

### Wo laß ich meinen Kuzug machen? Wer garantiert. I. gut. 51b u. Bearbeitig.?

Max Motel, Schneiderstr. 11  
Neudöln, Ringbahnstr. 53. Tel. 900  
Lieferung für höchste Staatsbeamten  
Wiese Annehmungen u. Panisfreiheit

Lombard-Haus  
Höchste Beheizung  
Diskr. Realis. Gelingen  
Kaufe, Uhren  
Kleider, Brillanten  
Schmuckstück  
12-30%, unt. Lad. Pr.

### Gesichts-Ausschlag

Wird im Gesicht u. am Körper herbeiführt durch u. überflüssige Zucker-Patent-Medizin-Soße. Nach jeder Behandlung Zucker-Creme nachbehandeln. Hauptursache: Wirkung von Kautschuk-Belegungen. In allen Apotheken, Drogerien, Parfüm- und Kosmetikgeschäften erhältlich.

### Klaviere Kupfer 44

Siehe höchste Preise für  
Kupfer. Beste Qualität.  
Kupfer. Beste Qualität.  
Kupfer. Beste Qualität.

### Krause Planos

Miete  
Ansbacher Str. 1,  
Ecke Kurfürstenstr.

### Gold- Silberbruch

100% reines Gold  
M. Reinhardt  
K. Frankfurter Straße 1,  
Ecke Kurfürstenstr.

### Vorsicht! Verkaufen Sie nichts zu billig, ich kaufe ohne zu handeln und zahlen wie bekannt die höchsten Preise für:

Zahnelinien, Uhren, Brillen, Zahn, Zahntechnik, Kette, Taschen, Gebisse, Kronen, Ringe, Druck

**Richard Herrmann** Wilhelmstr. 39, Ecke Kochstraße  
Vom Publikum selbst als eine höchstzahl. Stelle anerkannt.  
Der wertvollste Weg für mich ist sich. Vorkäufer dieser Anzeige erhält 1 mal Verkauf 5 M. extra

### Suche zur Gesundheitsförderung Edelsteine

u. Edelmetalle zu höch. Preisen  
G. Schliephacke  
Juwelier  
Friedrichstraße 210  
Ecke Kochstraße

### Zentralverband der Maschinen- und Metallarbeiter Groß-Berlin

Am Dienstag, den 28. November, abends 8 Uhr, findet bei Hoyer, Besenstr. 17, unsere **Außerordentliche Generalversammlung** statt.

Agenda: 1. Rapportbericht. 2. Vertragsprüfung. 3. Beschlußnahme. 135/1

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, an dieser Versammlung teilzunehmen.

### Soeben erschien! Soeben erschien!

## Dr. Eugen Pawlowski: Der Bankrott Deutschlands

**INHALT:**  
Vorwort. Einleitung. I. Teil. Die Wirtschaftskrise Deutschlands: 1. Die Grundlagen der kapitalistischen Entwicklung Deutschlands. 2. Die Verarmung Deutschlands als Folge des Krieges. a) Niedergang der Landwirtschaft. b) Die Krise der Industrie. c) Das Bauwesen. d) Der Verfall des Transportwesens. 3. Wo sind die deutschen Arbeiter? 4. Die Verelendung der Arbeiterklasse Deutschlands. a) Der Zusammenbruch der Ernährung. b) Teuerung und Lohnsteigerung. 5. Der Rückgang der Arbeitsleistung. 6. Das Elend der deutschen Arbeiterklasse macht die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig. 7. Die Krise der kapitalistischen Gesellschaft in Deutschland. 8. Das Reparationsproblem. II. Teil. Die Finanzkrise des Deutschen Reiches: 9. Die Ergebnisse der verfehlten Finanzpolitik. a) Das Defizit des Staatshaushalts. b) Die Entwertung des Geldes. c) Die Verschiebung in der Vermögens- und Einkommensverteilung. 10. Das Steuerproblem in der Klassenstaat. 11. Verteilung der Steuern auf die Einkommensarten. 12. Die Rhodus, die Salta. 13. Was die vornehmen Ausländer raten. 14. Die „Studien“ der Gelben Internationalen. 15. Der Lösungsversuch der Regierung. 16. Die Agrarier im Klassenkampf. 17. Die Ohnmacht der Bourgeoisie. 18. Die Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie. 19. Die Steuerlast des Arbeiters. 20. Herr Parvus als Retter in der Not. 21. Den Zusammenbruch entgegen. 22. Unsere Steuerpolitik und der Staatskapitalismus.

189 Seiten. Preis M. 2.50, gebunden M. 6.—  
Zu beziehen durch  
**Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg II**

### Verkäufe

Gelegentlich! selten groß. 120-150. Stundelehrer. 225. moderner. 100. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

### Verkaufe

Gelegentlich! selten groß. 120-150. Stundelehrer. 225. moderner. 100. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

### Kaufgesuche

Kaufgesuche  
Kaufgesuche  
Kaufgesuche

### Frauen oder Männer

zum  
**Zeitungsaustragen**

# L.L.

Caubert Platz 14 15  
Bismarckstr. 42  
Prinzenstr. 31  
Alexanderstr. 174 (Kopernikusstr.)  
Zooanwaltschaftstr. 24  
Märkerstr. 38  
Petersburger Platz 4  
(für die Frauen-Gliederer Str. u. Dorotheenstr.)